

Deutschland.

Berlin, 5. November. In welcher Weise ein Theil der Wiener Presse und Korrespondenzen bemüht ist, die Zustände in den Donaufürstenthümern der Art darzustellen, als sei eine Einmischung der europäischen Mächte angelegt, davon giebt auch wieder die Nachricht der „Neuen Freien Presse“ einen Beweis, daß England die Garantienmächte zu einem ernstlich maßgebenden Gesammtschritt in Bulgare zu veranlassen in Begriff stehe. Diese Nachricht wird heute von Paris, also von einer Seite aus als falsch bezeichnet, die am meisten mit bei dieser Angelegenheit betheilt ist. Ähnlich verhält es sich auch mit den übrigen von Wien ausgehenden Nachrichten, welche die Donaufürstenthümer besonders fortdauernd als ein Arsenal darzustellen suchen, in dem Preußen große Waffenvorräthe zum Zwecke einer hervorzuhebenden Bewegung anhäufte. Hiermit geht Hand in Hand, daß sich Agenten, wenn schon bis jetzt ohne Erfolg, in den Donaufürstenthümern herumtreiben, um Zustände hervorzuheben, welche die Pforte zum Einschreiten bewegen sollten. Die Einmischung der Pforte in die Angelegenheiten der Donaufürstenthümer herbeizuführen ist nämlich der besondere, der allgemeine Zweck dieser Mäntel aber der gewöhnliche: Europa in dem Glauben an einen nahen unumvermeidlichen Krieg zu unterhalten, der mit der Niederlage Preußens und der Wiederherstellung der gestürzten Dynastien enden werde. Dies Spiel wird gleichzeitig von Wien, München und Paris aus getrieben. — Die Mittheilung verschiedener Zeitungen, daß die Postverwaltung des norddeutschen Bundes die Beförderung von Personen aufgeben und der Privat-Unternehmung überlassen wollte, ist eben so unbegründet als die Behauptung, daß die Personen-Beförderung der Postverwaltung mehr Ausgaben verursache als Einnahmen bringe. — In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist das frühere Präsidium, bestehend aus den Herren von Jordanbeck, v. Köller und v. Bennigsen wiedergewählt worden. Die Wahl des Herrn v. Jordanbeck ist fast mit Einstimmigkeit erfolgt, ein Beweis, daß seine Unparteilichkeit, Gewissenhaftigkeit und Lässigkeit auch von konservativer Seite allgemein anerkannt wird. Nach den verschiedenen Urtheilen, die über die Thronrede bereits vorliegen, hat dieselbe überall einen günstigen Eindruck gemacht. Als einen Beweis hierfür kann man auch einen Leitartikel der „National-Ztg.“ anführen, die bekanntlich keine Anhängerin der Regierung ist und die Vertheilung derselben nur selten zu übernehmen pflegt. Derselbe unterläßt nicht zu konstatiren, daß die Thronrede einen sehr reichen Inhalt habe und eine Reihe wichtiger Vorlagen ankündige, die von den reformatorischen und organisatorischen Bestrebungen der Regierung Zeugniß ablegen. Mit Anerkennung wird von ihr besonders auch von den Vorlagen, die aus dem Ministerium des Innern hervorgegangen sind, gesprochen. Wenn die „Bosnische Ztg.“, die nebenbei gesagt, bei ihrem fortgeschrittenen Standpunkt allerdings in den Ton der „National-Ztg.“ nicht einstimmt, bei ihren desfallsigen Betrachtungen eine Vorlage, die Vermögensverhältnisse des ehemaligen Kurfürsten von Hessen betreffend, vermisst, so ist zu bemerken, daß eine solche Vorlage dem Landtage allerdings zugehen und einen ähnlichen Inhalt, wie die den ehemaligen König von Hannover betreffende, haben wird. — Von den liberalen Blättern wird ein Excitatorium von Seiten der Abgeordneten in Aussicht gestellt, daß noch mehrere Mandate erledigt seien, ohne daß zum Theil auch nur der Wahltermin angelegt wäre. Dergleichen ist zu bemerken, daß diese Mahnung unnötig sein wird, da von Seiten des Ministeriums des Innern sämtliche Wahlen ausgeschrieben worden sind. — Wie es heißt, wird Dr. Joh. Jacoby, wie's scheint, im richtigen Verständnis seiner und seiner Partei Lage, das Mandat als Abgeordneter niederlegen. — Obgleich der Geh. Ober-Reg.-Rath Wehrmann seine bisherige Stellung im landwirtschaftlichen Ministerium verlassen hat, so konnte doch seine Entbindung von dem Amte eines Vorsitzenden des Landes-Oekonomie-Kollegiums, sowie der Kommission, welche die Realcreditfrage für die Verhandlung des Landes-Oekonomie-Kollegiums vorbereiten soll, noch nicht erfolgen, weil ein Nachfolger für diese seine Funktionen noch nicht ernannt ist. Derselbe ist indessen in diesen Funktionen nicht mehr thätig, sondern wird durch einen Stellvertreter ersetzt. — In diesen Tagen ist im landwirtschaftlichen Ministerium eine Kommission zusammengetreten, welche sich mit den Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Museums beschäftigt wird. Es werden Erörterungen wegen der Vergrößerung des Museums wegen der Lokalitäten u. s. w. gepflogen werden.

Berlin, 6. November. Im Kronprinzipal-Palais wurde gestern Mittag eine mehrstündige Sitzung der Landes-Verteidigungs-Kommission abgehalten. Um 5 Uhr fuhr der Kronprinz nach Potsdam und trat von dort aus per Eisenbahn nach England an. — Der hiesige schweizerische Gesandte, Oberst Sammer, wird auch, wie man hört, bei den süddeutschen Höfen beglaubigt werden, gegen Ende der Woche nach

Karlsruhe abreisen und sich später nach Stuttgart und München begeben.

Der Gesetzentwurf über den Erwerb von Grundbesitz, Hypothekensrecht und Haftbarkeit der Hypotheken-Behörden ist jetzt vollständig von den Ministerial-Kommissionen durchberathen und es finden nunmehr Vernehmungen zwischen den Ministern der Finanzen, der Justiz und des Innern über einen Gesetzentwurf statt, welcher die Stempelsteuer den neuen Bestimmungen anpaßt. Der Entwurf bestimmt, daß das Eigentum an einem Grundstück im Falle der freiwilligen Veräußerung nur durch Eintragung im Hypothekenbuch erworben wird, daß die Eintragung des Erwerbes stattfindet, wenn der eingetragene Eigentümer sein Eigentum an dem Grundstück aufgibt und die Eintragung des Erwerbers als Eigentümer bewilligt und der Erwerber die Eintragung auf seinen Namen beantragt, daß es endlich einer Vorlegung der Urkunde über das Veräußerungsgeschäft nicht bedarf. Diese Bestimmungen, welche allerdings geeignet sind, die Entrichtung der Stempel-Abgaben von Kauf- und Tauschverträgen über Grundstücke und selbstständige Gerechtigkeiten, und von Verträgen, wodurch Grundstücke in Zahlungsschuld gegeben werden, fast überall in Frage zu stellen, machen eine Ergänzung der einschlägigen Vorschriften des Stempelgesetzes notwendig. Wie man hört, wird beabsichtigt, die Stempelsteuer von einem Prozent des Wertes, der bis jetzt die Verträge unterliegen, auf den Antrag der Eintragung des neuen Eigentümers, in welchem die den Eigentums-Übergang bedingenden Erklärungen der Kontrahenten ihren Abschluß finden, zu legen. Der Antrag ist diesem Stempel nicht unterworfen, wenn bei Anbringung derselben die das Veräußerungsgeschäft enthaltende Urkunde in an sich stempelplichtiger Form vorgelegt wird. Für die richtige Angabe des Wertes sind Verkäufer und Erwerber solidarisch verhaftet. Der Gesetzentwurf macht keinen Unterschied zwischen in- und ausländischen, d. h. im Auslande ausgefertigten, bei einer inländischen Hypothekenbehörde angebrachten Anträgen. — Was die Hypotheken angeht, so unterliegt, heißt es, der Antrag des Eigentümers auf Eintragung oder auf Löschung einer Hypothek einer Stempel-Abgabe von 1/12 Pct. der einzutragenden oder zu löschenden Summe mit einem gleichen Satz wird der Antrag auf Eintragung der Verpfändung einer Hypothek belegt. — In allen Fällen soll die Werthermittelung auf den gemeinen Werth, ohne Rücksicht auf die für besondere Zwecke vorgeschriebenen Abschätzungs-Grundsätze zu richten sein.

Ein Unternehmer in Görlitz arrangirt nach Uebereinkommen mit der Direktion der Berlin-Görlitzer Eisenbahn allmählich von dort aus einen Extrazug nach Berlin, der, da die Preise überaus billig gestellt sind, in der Regel nicht bloß von dort und den Zwischenstationen Spremberg und Cottbus, sondern auch aus dem schlesischen Gebirge, aus Nordböhmen und der sächsischen Ober-Lausitz stark benutzt wird. Mit dem letzten, am 31. v. M. abgefahrenen, Zuge fuhren trotz des abentheuerlichen Wetters 145 Personen. Der nächste Zug wird voraussichtlich am ersten Sonnabend im Dezember abgefahren werden. Die Züge kommen in der Regel Sonnabend Nachmittag 5¼ Uhr in Berlin an und die gelösten Billets gestatten den Aufenthalt bis Montag Nachmittag 5 Uhr 25 Minuten.

In dem neuesten Hefte der „Militärischen Blätter“ findet sich ein Bericht über die in diesem Jahre zu Koblenz gehaltene große Sappur-Übung. Daß die bisher übliche Art des Sappurs nicht mehr überall den Anforderungen entspräche, welche man in Folge der verbesserten Schußverhältnisse notwendig an die Deckung der Arbeiter stellen mußte, darüber waren alle Ingenieure einig, aber die Art der Verbesserung war streitig. Die jetzt beendete große Übung bei Koblenz hat nun eine Menge schätzenswerther Beobachtungen geliefert. Der General-Heutnant v. Kamede hatte ausdrücklich angeordnet, daß die diesjährige Übung keine eigentliche große Belagerungs-, sondern eine große Sappur-Übung sein solle und daher der Mineur nur so weit dabei thätig sein dürfe, als unbedingt nöthig ist, um dem Sappur zu verschiedenen Übungen vorzuarbeiten oder um den Zugang durch Pallisadungen zu öffnen und Schanzkolonnen den Weg zu bahnen.

Der General-Heutnant von Ollech, welcher nach erfolgter Wiedergewinnung von seiner in der Schlacht bei Nachod erhaltenen schweren Verwundung bis jetzt dem Generalstab der Armee betheilt war, wird als designirt zum Chef der Landestriangulation bezeichnet.

Der „Schles. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben: Die Feld-Verpflegung der Truppen hat sich während des Krieges von 1866 nur im Allgemeinen bewährt. Man hat also an den betreffenden Stellen das damals durch Erfahrungen gesammelte reichhaltige Material dazu benutzt, um bei diesem so wichtigen Zweige des Heerwesens mehrere Verbesserungen und Neuerungen einzuführen. So sollen zukünftig z. B. außer Cacao auch Thee und Fleisch Extrakte als regelmäßige Bestandtheile in den Feld-Verpflegungs-Etats aufgenommen werden. Ebenso wird die Zubereitung

des Brotes eine Veränderung erfahren, durch welche dasselbe auf Transporten und bei längerer Lagerung der Gefahr des Verderbens besseren Widerstand leisten können, als dies bisher der Fall gewesen. — Am 1. v. M. hat bei sämtlichen Train-Batallionen der Armee die Entlassung derjenigen Mannschaften stattgefunden, welche zu Anfang des Jahres behufs ihrer Ausbildung als Fahrer eingestellt worden waren.

Die Nachricht von dem in Medienburg erfolgten Tode des Geh. Legationsraths Thiermann erregt in den nächstehenden Beamtenkreisen lebhaftes Theilnahme. Der Verstorbene war der älteste Rath im Ministerium des Auswärtigen und in dieser Eigenschaft bei gleichzeitiger Abwesenheit des Unter-Staatssekretärs v. Thile und des Geh. Rath's Abelen mit Vertretung des Ministers Grafen Bismarck betraut.

Nach einer General-Verfügung des General-Postamts vom 3. November werden für die Dauer der bevorstehenden Sitzungen beider Häuser des preussischen Landtags portofrei befördert: 1) alle Briefe und Aufgebotsurtheile, welche in Angelegenheiten des preussischen Landtags an die Präsidenten des Herrenhauses, beziehungsweise des Hauses der Abgeordneten, oder an die Häuser direkt adressirt sind; 2) alle Briefe und Aufgebotsurtheile, welche in Angelegenheiten des preussischen Landtags von den Präsidenten der beiden Häuser abgehandelt werden. Derselben müssen mit dem Vermerk „Angelegenheiten des Herrenhauses“ oder „Angelegenheiten des Hauses der Abgeordneten“ bezeichnet, die Sendungen ad 2 auch mit dem Stempel des Hauses bedruckt, und mit der Namensunterschrift oder dem Namensstempel des Präsidenten oder mit der eigenhändigen Namensunterschrift des Bureau-Direktors versehen sein. Diese Portofreiheit erstreckt sich auf Sendungen von und resp. nach Orten des preussischen Staatsgebiets, findet aber auf Fahrpostsendungen zwischen den hohenzollernschen Ländern und den übrigen preussischen Landestheilen keine Anwendung.

Hendburg, 5. November. Provinziallandtag. Bei der heutigen Schlussberatung der Vorlage, betreffend die Gewährung von Diäten, wurde der Antrag des Ausschusses auf Bewilligung von 3 Thlr. Diäten einstimmig angenommen.

Hamburg, 4. November. (Post.) Da wir noch nicht Weltstadt sind, so macht, zur Ehre unserer Bevölkerung sei es gesagt, das so eben publicirte Erkenntniß unseres Obergerichts in Sachen des der Kinderschändung angeklagten Patriziersohn Weinkauff eine Sensation, ob welcher den Herren Obergerichtsräthen die „linken Ohren“ klingen müssen. Das Urtheil lautet auf — zwei Monat Gefängniß. Denken Sie sich darunter aber nicht etwa ein Gefängniß, wo man „Werguppen“ muß. Nein. Vom „Wiesenbaum“ aus, wenn man sich selbst befähigt, hat man eine sehr schöne Aussicht auf eine belebte Brücke. Die Küche ist daselbst sehr gut und, außer Champagner, kann man die feinsten Weine dort bekommen. Sie werden begreifen, warum ein Kriminalgesetzbuch, welches vor 20 Jahren Mitglieder dieses Obergerichts selbst entworfen haben, wohlweislich, oder „hochweislich“ (wie Sie wollen!), noch nicht eingeführt ist. Ein fataler Paragraph darin bestimmt von 1—5 Jahre Zuchthaus für Divergenzen wie das in Rede stehende. Wenn man nun die Stillsitzbegriffe dieser Musterrepublik ins Auge faßt, so muß man ihr wirklich Abbitte thun, daß man sie politisch nicht für eine Heilige hält. Man hat sehr lakisch richtig mit jenem brillanten Richterspruch gewartet, bis die Urwahlen vorüber waren, und es darf nicht geäußert werden, daß derselbe eine große Attraktionskraft mit vortheilhafter Küche und Keller und schöner Aussicht bei billiger Bedienung erjezt — das Zuchthaus in andern Ländern für vornehme Sünder bei uns.

Hannover, 5. November. Rudolph v. Bennigsen ist vom Provinziallandtage mit 53 gegen 12 Stimmen zum Landesdirektor gewählt; zu Landesräthen wurden Dr. König (Hröder) mit 62 gegen 6 Stimmen und Bürgermeister Hugenberg mit 35 gegen 33 Stimmen gewählt.

Aus Göttingen, 3. November, wird gemeldet: Professor Ewald zeigt heute seinen Zuhörern mittels Anschlag am schwarzen Brette der Universität an, daß ihm, wie bereits erwähnt, vom Ministerium die Erlaubniß Vorlesungen zu halten, entzogen sei. Ewald wurde bekanntlich nach den Ereignissen des Jahres 1866 emeritirt, d. h. trat mit vollem Gehalte in Pension, wurde von der Verpflichtung zu lesen entbunden, bezieht aber die Berechtigung, an der Georgia Augusta Vorlesungen zu halten. Von letzterer hat er bis jetzt Gebrauch gemacht, bis ihm in Folge seines jüngst erschienenen Pasquills „Lob des Königs und des Volks“ nun auch die *venia legendi* genommen ist.

Wien, 4. November. Das Rothbuch, welches den demnächst zusammen tretenden Delegationen vorgelegt werden soll, enthält Korrespondenzen des gemeinsamen Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten aus der Zeit vom Anfang Januar bis Ende Oktober

1868. Es schließt sich demnach an das Rothbuch Nr. 1 kontinuierlich an, das solche Korrespondenzen vom November 1866, dem Amtsantritt des Baron Beust, bis Ende 1867 umfaßt. Das frühere System der Anordnung ist in dem Rothbuch Nr. 2 beibehalten; der Urkundenammlung geht eine einleitende Uebersicht voraus, die dazu bestimmt ist, die Aktenstücke zusammenzufassen und zu erläutern. Uebersicht und Urkundenammlung zerfallen in drei Abschnitte: deutsche, italienische und orientalische Angelegenheiten, sammt alldem Anhang. Eine eigene Uebersicht des Freiherrn von Beust an die österreichisch-ungarischen Gesandten im Auslande hat die Dezember-Verfassung zum Gegenstande, und orientirt dieselben, respective die fremden Regierungen über die Nothwendigkeit und Tragweite des Ausgleichs mit Ungarn, über Charakter, Bedeutung und leitende Prinzipien der verfassungsmäßigen Einrichtungen in den österreichisch-ungarischen Ländern. Der italienische Abschnitt besteht größtentheils aus Aktenstücken aus der Verhandlung mit Rom bezüglich der im Wiener Reichsrathe beschlossenen konfessionellen Gesetze. Es ergibt sich dem Vernehmen nach aus diesen Aktenstücken, daß es der Standpunkt der Kaiserlich Königl. Regierung war: dem staatlichen und kirchlichen Interesse sei es entsprechender, das Konkordat von 1855 nicht bloß zu modifiziren, sondern ganz und gar (durch zweifelhafte Vertrag) aufzuheben. Rothbuch Nr. 2 hat keinen handelspolitischen Theil, wie Rothbuch Nr. 1 hatte.

Wien, 5. November. Das Abgeordnetenhause hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf, betreffend die Befugniß der Regierung zur Verhängung von Ausnahmeverfügungen, angenommen. Das Amendement Kurandas, daß solche Verfügungen, falls der Reichsrath sie für ungerichtet erkläre, sogleich außer Wirksamkeit zu setzen seien, wurde abgelehnt. Der Justizminister Dr. Herbst bekämpfte das Amendement als einen Eingriff in die Rechte der Exekutive.

Wien, 5. November. Der König (Kaiser) ist heute nach Gödöllö zurückgekehrt. Die Eröffnung der Delegationen ist ein einige Tage verschoben.

Agram, 5. November. Der kroatische Landtag ist zum 16. d. einberufen.

Paris, 5. November. Der Kaiser und die Kaiserin haben sich heute nach Compiegne begeben. „France“ und „Gendard“ konstatiren übereinstimmend den durchaus friedlichen Charakter der preussischen Thronrede. — Der „Constitutionnel“ sagt, die Thronrede des Königs von Preußen werde Widerhall in Europa finden. Die Erklärungen am Schlusse derselben würden um so mehr beachtet werden, als sie sich auf die friedliche Gesinnung der Souveräne und Völker stützen und sich direkt an dieselben wenden, um sie zur Wahrnehmung von Interessen zu ermuntern, die zu oft durch bedauernde Gerüchte gestört werden. — Auch andere Zeitungen konstatiren den friedlichen Charakter der Thronrede.

Paris, 5. November. Der neueste Wochenanweis der lombardischen Eisenbahn ergibt eine Einnahme von 2,430,000 Frs., mithin gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres eine Mindereinnahme von 202,322 Frs. Letztere in Folge von Ueberschwemmungen.

Madrid, 5. November. Die „Gaceta de Madrid“ enthält ein Dekret, durch welches die Junta für allgemeine Wohlthätigkeitszwecke aufgelöst wird. Gestern wurde als Belage der „Iberia“ ein Blatt verkauft, welches Goyartero als Kandidaten für die neue spanische Königswürde aufstellt. Die „Iberia“ erklärt, daß dieses Blatt nicht aus ihrem Bureau hervorgegangen sei, und fügt hinzu, daß sie bis zur Entscheidung der Cortes sich über die Thronkandidaturen nicht äußern werde.

Athen, 24. Oktober. Der Maroniten-Chef Jusuff Karam ist hier eingetroffen. In Folge seiner Zerwürfnisse mit Daoud Pascha hatte derselbe sich nach Frankreich zurückgezogen und war nach Algier gewiesen worden. Diesen Aufenthalt hat Jusuff in der Stille verlassen und ist über Rom hier angekommen, um die Erlaubniß zur Rückkehr nach Syrien von der Pforte zu erhalten. Er hat darauf bezüglicher Antrag hat jedoch keine Genehmigung in Konstantinopel gefunden. Gegenwärtig ist Jusuff mit dem kretensischen Comité in Verbindung getreten. Die Pforte ist bemüht, die Rückkehr dem Flüchtlinge nach der Insel Kreta zu vermitteln und zu begünstigen. Wöchentlich verlassen wohl gegen 300 Personen den Piräus, um nach der Insel zu gehen. Von den etwa 50,000 nach Griechenland gekommenen Randioten befinden sich auf kretenschem Boden nach amtlichen Ermittlungen noch 39,000 Seelen. Krankheiten, Noth, Epidemien haben unter den Angekommenen sehr ausgeräumt, und nur etwa 5000 Kretenser mögen in die Heimat zurückgekehrt sein. Welche Zustände in Griechenland herrschen, läßt sich aus dem Verhalten des früheren Ministers Komunduros ersehen. Derselbe sollte auf Befehl des Gerichtshofes wegen seiner Wahlumtriebe verhaftet werden. Nechzeitig davon in Kenntniß gesetzt, zog er sich mit einer Anzahl Poli-

Hamburg	6 Tg.	151 bz
	2 Mt.	150% B
Amsterdam	3 Tg.	142% bz
	2 Mt.	142% B
London	10 Tg.	6 24% bz
	3 Mt.	6 23% B
Paris	10 Tg.	81% B
	2 Mt.	81 B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersburg	3 Wch.	—
Wien	8 Tg.	—
	2 Mt.	—
Pruss. Bank	4 1/2 %	Lomb. 4 1/2 %
Stp. Anl. 54 57	4 1/2 %	—
	5 1/2 %	—
St. Schldsch.	3 1/2 %	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2 %	—
Pomm. Pfdbr.	3 1/2 %	—
	4 %	—
Rentoub.	4 %	—
Ritt. P. P. B. A.	4 %	—
Barl.-St. E. A.	4 %	—
	4 1/2 %	—
Prior.	4 1/2 %	—
Stg.-P. E. A.	4 1/2 %	—
	4 1/2 %	—
Prior.	4 1/2 %	—
St. Stadt-O.	4 1/2 %	92% B
Börsenhans-O.	4 %	—
St. Schusspiels-O.	5 %	—
Pom. Chaussee-O.	5 %	—
Greif-nhag. Kreis-O.	5 %	—
Pr. National-V. A.	4 %	114 B
Pr. Soc. Assurance	4 %	—
Pomerania	4 %	116 B
Union	4 %	107 1/2 B
St. Speicher-A.	5 %	—
Ver. Speicher-A.	5 %	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5 %	—
N. St. Zuckersied.	4 %	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4 %	—
Brodower	4 %	—
Walzmühle	5 %	—
St. Pörtl.-Comentf.	4 %	—
St. Dampfschlepp G.	5 %	—
St. Dampfschiff-V.	5 %	—
Neue Dampfer-C.	4 %	95 B
Germania	—	100 B
Vulkan	—	—
St. Dampfmühle	4 %	112 B
Pommernsd. Ch. F.	4 %	205 B
Chem. Fabrik-Ant.	4 %	—
St. Kraitdinger-F.	—	—
Domelau. Bauges.	5 %	—
Grabow Stadt-Obl.	5 %	—